

An t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie und Zivilgesellschaft nachhaltig stärken

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten:
 - a) über das Ergebnis der vorläufigen Evaluation des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS), welches Anfang 2012 vorliegen sollte;
 - b) über den Stand der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere der Präsenz im Internet bei dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit;
 - c) über die mittelfristigen Finanzierungsmöglichkeiten und -pläne durch Land, Bund und EU für das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie anderer Programme gegen Rechtsextremismus, Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt sowie für die Opferberatung.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) die (vorläufigen) Evaluationsergebnisse zum Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit auf der Homepage des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit zu veröffentlichen;
 - b) die Demokratie und Zivilgesellschaft in Thüringen zu stärken, indem bei den anstehenden Haushaltsberatungen eine Erhöhung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel für Programme gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sowie für die Opferberatung im Haushaltstitel 08 24/684 82 (Zuschüsse an Kooperationsprojektpartner für Maßnahmen im Bereich der Gewaltprävention) um zweieinhalb Millionen Euro pro Haushaltsjahr erreicht wird;
 - c) Vorschläge zur Gegenfinanzierung der Erhöhung des Haushaltstitels 08 24/684 82 zu unterbreiten.

Begründung:

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasste sich der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit in seiner 26. Sitzung am 8. Dezember 2011 mit dem aktuellen Stand des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Die Landesregierung berichtete damals unter anderem, dass die Evaluation des Landesprogramms das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) in Frankfurt übernommen habe und mit ersten Ergebnissen Anfang 2012 zu rechnen sei. Zugleich wurde angekündigt, dass man an einem eigenständigen Internetauftritt für das Landesprogramm ab 2012 arbeite.

Im Zuge der Diskussion um die Bewirtschaftungsreserve wurde ebenfalls deutlich, dass auch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und andere Projekte außerhalb des Landesprogramms von dieser Maßnahme betroffen gewesen wären. Für nachhaltige Ergebnisse brauchen jedoch sozialpolitische Programme zumindest eine mittelfristige Beständigkeit und Planungssicherheit.

Außerdem zeigt sich, dass trotz der erhöhten Mittel nach wie vor nicht flächendeckend der Bedarf an Programmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt sowie für die Opferberatung, inklusive einer mobilen Beratung, abgedeckt werden kann. Die zusätzlichen Mittel sollen dies annähernd ermöglichen.

Für die Fraktion:

Siegesmund